

Handelsblatt



Welthandel
Wie China die wahre Herkunft von Rohstoff-Importen verschleiert.
▶ 11

Peter Vajkoczy
Der Gehirnochirurg über den Menschen hinter dem Mediziner.
▶ 28

Geldanlage
Warum Shortseller bei Energie-Aktien Milliarden verlieren.
▶ 45

Mette Frederiksen
Dänische Regierungschefin geht mit Neuwahlen großes Risiko ein.
▶ 13

Siemens geht ins Risiko

In Politik und Wirtschaft wächst die Sorge über den Investitionsstandort China. Siemens-Chef Busch will das Geschäft in der Volksrepublik dennoch ausbauen.

Ungeachtet der scharfen Kritik an den Investitionsplänen deutscher Konzerne in China will Siemens das Geschäft in der Volksrepublik weiter ausbauen. Zwar sollen erst einmal keine Teilbereiche des Technologiekonzerns komplett verlagert werden. Aber ausgerechnet der Bereich „Digitale Industrien“, die wichtigste und sensibelste Sparte mit der Industriesoftware und der Fabrikautomatisierung, soll noch stärker auf China ausgerichtet werden.

Für das Vorhaben hat Vorstandschef Roland Busch nach Informationen aus Konzernkreisen eigens ein Projekt aufgesetzt. Damit verbunden sind massive Investitionen in China und der Aufbau neuer Funktionen vor Ort. Das Projekt heißt „Marco Polo“, benannt nach dem venezianischen Entdecker, der vor gut 700 Jahren nach China

„Wir sollten unsere eigene Agenda setzen, damit wir nicht zum Spielball zwischen China und den USA werden.“

Roland Busch
Siemens-Chef

reiste und dort heimisch wurde. Busch teilt dessen Begeisterung für China, sieht bei den Digitalgeschäften aber teils Nachholbedarf. „Die bisher geplanten Maßnahmen reichen nicht aus, um die Local Champions zu schlagen“, erklärte die Konzernspitze laut Unternehmenskreisen auf einer Strategietagung mit Topführungskräften. „Weitere Ermächtigung“ sei erforderlich, „um das Rennen zu gewinnen“.

Spätestens seit China offen mit einer Invasion in Taiwan droht, stehen die Investitionspläne deutscher Konzerne in der Volksrepublik unter strenger Beobachtung. Das hat zuletzt schon der Chemiekonzern BASF erfahren müssen, der zehn Milliarden Euro für ein neues Werk in Zhanjiang freigegeben hat. M. Murphy, A. Höpner, S. Iwersen ▶ Fortsetzung auf Seite 4

Versuch der Verständigung

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und der französische Präsident Emmanuel Macron haben in Paris über die Differenzen beider Länder in der Energie- und Rüstungspolitik gesprochen. Scholz zeigte sich zufrieden: Es sei ein „sehr gutes und wichtiges Gespräch“ gewesen, erklärte er. Macron schwieg zunächst. Die Kritik in Frankreich an der Bundesregierung hatte zuletzt zugenommen. Der Deutsch-Französische Ministerrat wurde abgesagt.



Deutsche Unternehmen im Russland-Dilemma

Moskauer Behörden fordern deutsche Firmen zur Hilfe bei Teilmobilmachung auf.

Weil Arbeitgeber in Russland wehrpflichtige Mitarbeiter melden müssen, geraten immer mehr deutsche Unternehmen, die aktuell noch Standorte im Land betreiben, in ein Dilemma. Wie mehrere Unternehmen dem Handelsblatt berichteten, for-

dern russische Militärbehörden derzeit Informationen über die Belegschaft an. Viele versuchen, sich dieser gesetzlich vorgeschriebenen Mitwirkung an der Teilmobilmachung zu entziehen. Doch der Schutz der Mitarbeiter stößt an Grenzen. kekn, catk, mur ▶ 20

Deutsche Bank mit starkem Gewinnsprung

Höhere Zinsen und mehr Kredite bügeln Schwächen im Investmentbanking aus.

Die Deutsche Bank hat im dritten Quartal ihren Nettogewinn mit 1,1 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr mehr als verfünffacht und eine Nachsteuerrendite von 8,2 Prozent erzielt. Damit rückt das Ziel von Vorstandschef Christian Sewing, auch im

Gesamtjahr eine Rendite von acht Prozent zu erreichen, in greifbare Nähe. Die Firmen- und Privatkundensparte profitierte von höheren Zinsen und dem gut laufenden Kreditgeschäft. Das bügelte Schwächen im Investmentbanking aus. Y. Osman ▶ 22

Stromproduzent Steag beschließt Aufspaltung

Die Eigentümer des Kraftwerksbetreibers Steag haben eine Aufspaltung in einen „grünen“ und einen „schwarzen“ Bereich beschlossen, wie das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen erfuhr. Die Gesellschafterversammlung fällt den Angaben zufolge die entsprechende Entscheidung, die den anstehenden Verkauf erleichtern soll. Viele Investoren sind zwar an den Steag-Aktivitäten bei erneuerbaren Energien, dem „grünen“ Bereich, interessiert, nicht jedoch am traditionellen Kerngeschäft, der „schwarzen“ Steinkohleverstromung. Dem Beschluss gingen intensive Auseinandersetzungen mit Arbeitnehmervertretern voraus. ▶ 20

Autohersteller

Luxusstrategie zahlt sich für Mercedes aus

Der Autohersteller Mercedes-Benz hat im dritten Quartal trotz weltweiter Krisen deutlich mehr verdient. Von Juli bis September habe das Ergebnis vor Zinsen und Steuern 5,2 Milliarden Euro betragen – 83 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, als der Chipmangel die Auslieferungen bremste, teilte der Konzern mit. Der Gewinn übertraf die Erwartungen am Finanzmarkt. Das Nettoergebnis verdoppelte sich auf vier Milliarden Euro. Die Durchsetzung höherer Preise und eine robuste Nachfrage seien für das „solide“ wirtschaftliche Ergebnis ausschlaggebend, erklärte der Dax-Konzern. ▶ 26

Refinanzierung

Flaute bei neuen Firmenbonds

Die hohe Inflation, die steigenden Zinsen und die großen Schwankungen am Anleihemarkt machen es für Unternehmen teurer und schwerer, sich Geld bei Investoren zu leihen. Seit Januar haben Konzerne mit guter Bonität rund ein Viertel weniger neue Anleihen ausgeben als im Vorjahr. „Viele Unternehmen tauschen sich mit uns über das aktuelle Marktumfeld aus, wagen aber im Moment noch nicht den Schritt an den Markt“, sagt Paula Weißhuber, die bei der Bank of America das Geschäft mit Unternehmensanleihen in Europa leitet. ▶ 34



Märkte

- ➔ Dax 13.166 Pkt. +0,87 %
- ➔ MDax 24.158 Pkt. +1,47 %
- ➔ TecDax 2.883 Pkt. +0,91 %
- ➔ E-Stoxx 50 3.600 Pkt. +0,42 %
- ➔ Dow Jones 32.065 Pkt. +0,72 %
- ➔ Nasdaq 11.131 Pkt. -0,61 %

- ➔ S&P 500 3.861 Pkt. +0,06 %

- ➔ Nikkei 27.432 Pkt. +0,67 %

- ➔ Euro/Dollar 1,0048 US\$ +0,82 %

- ➔ Gold 1.667,89 US\$ +0,89 %

- ➔ Öl 94,19 US\$ +2,49 %

Dax Gewinner

- 1 Zalando +5,97 % 25,56 €
- 2 Fresenius SE +4,11 % 23,06 €
- 3 Siemens Ener. +4,09 % 11,71 €

Verlierer

- 1 Beiersdorf -1,77 % 100,05 €
- 2 RWE -1,33 % 38,63 €
- 3 BASF -1,28 % 45,36 €

Stand: 17:00 Uhr

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,00 €; Frankreich 4,10 € / 4,50 €; Großbritannien 3,70 GBP / 4,00 GBP; Schweiz 5,50 CHF / 6,00 CHF; Polen 20,00 PLN / 22,50 PLN

Monatsabonnement: Handelsblatt Print: 66,70 Euro; Handelsblatt Print + Premium: 76,69 Euro; www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice; Tel. 0211 887 3902; kundenservice@handelsblatt.com

40043; 4 190253 103309; Getty Images, IMAGO

PREIS 3,30 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

Siemens Konzernchef Busch will die Abhängigkeit des Unternehmens von China ausbauen – in einem besonders sensiblen Bereich. ▶ 1

Politik

Streitgespräch Die Ökonomen Gabriel Felbermayr und Jens Südekum debattieren die Fallstricke der Globalisierung. ▶ 6

Deutschland-Frankreich Kanzler Scholz und Präsident Macron versuchten in Paris, ihren Streit beizulegen. ▶ 8

Brasilien Bolsonaro oder Lula: Wer ist das kleinere Übel? Am Sonntag wird einer der beiden zum Präsidenten gewählt. ▶ 10

Unternehmen

Kriegsdienst Im Zuge der Teilmobilisierung fordern russische Behörden von deutschen Firmen Angaben über ihre Mitarbeiter im Land. ▶ 20

Steag Die Teilung in einen „grünen“ und einen „schwarzen“ Bereich soll das Unternehmen für potenzielle Käufer attraktiver machen. ▶ 20

BASF Die Kosten für Rohstoffe und Energie steigen und belasten vor allem das Kunststoffgeschäft. Darum spart der Konzern in Europa. ▶ 21

Mercedes-Benz Der Konzern verdient trotz vieler Krisen weiter prächtig. Im Kerngeschäft rechnet er nun mit bis zu 15 Prozent Marge. ▶ 24

Peter Vajkoczy im Interview Der Gehirnochirurg von der Charité spricht über den Menschen hinter dem angesehenen Mediziner. ▶ 28

Technologie

Innovationspolitik Experten vermissen an der geplanten Forschungspolitik der Ampelkoalition Prioritäten und konkrete Maßnahmen. ▶ 12

Twitter Am Freitag läuft die Frist für die Übernahme durch Elon Musk ab. Eine Restunsicherheit bleibt. ▶ 24

Mobileye Für die Aktien seiner israelischen Tochter bekommt Intel ein wenig mehr als erwartet. ▶ 24



IMAGO/ITAR-TASS

Mobilisierung
Unternehmen in Russland – auch deutsche – sollen Mitarbeiter im wehrpflichtigen Alter melden.



Quartalsbilanz
Die Deutsche Bank verdient so viel wie seit über 15 Jahren nicht mehr.



Getty Images, Imago [M]



mauritus images

Refinanzierung
Wegen der Turbulenzen an den Märkten begeben Unternehmen weniger Anleihen.

In dieser Ausgabe

Namensindex

Agrawal, Parag	25
Baerbock, Annalena	4
Biden, Joe	4, 12, 16
Bolsonaro, Jair	10
Bracher, Candido	10
Brudermüller, Martin	14
Busch, Roland	1, 4
Christmann, Anna	12
DeSantis, Ron	16
Dimon, Jamie	23
Dombrowskis, Valdis	12
Dusanivsky, Ihor	45
Emden, Timo	47
Erdogan, Recep Tayyip	13
Felbermayr, Gabriel	6
Fleisch, Hans	31
Frederiksen, Mette	13

Fuest, Clemens	7
Gelsinger, Pat	25
Grobe, Hartwig	31
Grohnert, Ana-Cristina	30
Gulden, Björn	27
Habeck, Robert	8
Hartmann, Norman	31
Hinrichs, Ulrike	36
Hoops, Stefan	22
Kahl, Bruno	5
Källenius, Ola	26
Kallmorgen, Jan	30
Köhler-Geib, Fritz	36
Kopf, Christian	35
Kratz, Agatha	7
Krüger, Thorsten	31
Lang, Joachim	30
Macron, Emmanuel	8, 15
Matthes, Jürgen	7
Meloni, Giorgia	15

Merz, Martina	14
Meyer, Lutz	30
Mitsotakis, Kyriakos	13
Monadjem, Hamid Reza	31
Musk, Elon	24
Neike, Cedrik	5
Neuhaus, Frank	11
Nolden, Ingo	34
Nöll, Florian	36
Oertel, Janka	7
Oldemeyer, Julian	31
Orban, Viktor	15
Pichai, Sundar	26
Porat, Ruth	26
Rammer, Christian	12
Rasmussen, Lars Løkke	13
Rokossa, Gerhard Manfred	31
Rorsted, Kasper	27
Rühlig, Tim	7
Rürup, Bert	16

Saebisch, Steffen	7
Sánchez, Pedro	8
Schleweis, Helmut	35
Schmidt, Wolfgang	7
Scholz, Olaf	7, 8, 13, 14, 15
Schönfeld, Andreas	31
Sewing, Christian	22
Silva, Luiz Inácio Lula da	10
Silva, Marina	10
Skrekas, Kostas	13
Stark-Watzinger, Bettina	12
Stockton, Katie	47
Südekum, Jens	6
Thomas, Clarence	16
Trump, Donald	15, 16
Vajkoczy, Peter	28
Vestager, Margrethe	12
Walne, Andrea	25
Weißhuber, Paula	34
West, Kanye	27

Wilhelm, Harald	26
Xi Jinping	14, 24
Zuckerberg, Mark	26

Unternehmensindex

Adidas	27
Alphabet	26
Apple	48
Avtodom	27
Banco Itaú	10
Bank of America	25, 34
Barclays	23, 25
BASF	14, 21
Berlin Advisors Group	30
BNP	25
Carlsberg	34
Ceconomy	47
Charité	2, 28
Chevron	45
Claas	20

Coinmarketcap	47
Cosco	7
Deutsche Bank	1, 22
DWS	22
Earthstone Energy	45
Energie Baden-Württemberg	34
Exxon Mobil	45
Grenke	34
Intel	25
KfW	36
Knauf	20
Manhattan Venture Partners	25
Mercedes-Benz	26
Meta	26
Mizuho	25
Mobileye	25
Morgan Stanley	24
MUFG	25
Occidental Petroleum	45
Porsche	31

Puma	27
S3 Partners	45
Santander	23
Siemens	1, 4
Sitio Royalties	45
Société Générale	25
Spartherm	31
Standard Chartered	23
Steag	20
Tencent	24
Tennet	34
Tesla	24, 27
Thyssen-Krupp	14
Twitter	24
Unicredit	23
Union Investment	35
Vattenfall	34
Vertex Energy	45
Workerbase	31

Anzeige

AKTUELLE MARKTSTUDIE



© Autodesk

Wie digital ist die deutsche Fertigungsindustrie?



In einer repräsentativen Studie hat Bitkom Research im Auftrag von Autodesk ermittelt, wie gut die deutsche Fertigungsindustrie bezüglich Innovationskraft, Agilität und digitalisierter Wertschöpfungsketten für die Zukunft gerüstet ist. Befragt wurden Entscheider aus 502 Industrieunternehmen in Deutschland.

Unternehmen setzen auf mehr digitale Zusammenarbeit

Der Fokus der Industrieunternehmen liegt im Jahr 2022 laut Studienteilnehmern darauf, Agilität in der Unternehmensstruktur zu verankern, insbesondere durch die Verbesserung digitaler Zusammenarbeit.

Dabei ist der Einsatz digitaler Technologien in der deutschen Industrie bereits stark etabliert: 96 Prozent nutzen Cloud-Computing, 41 Prozent Big Data Analytics, 28 Prozent Virtual- und Augmented-Reality-Anwendungen. Innovations-Plattformen und digitale Ökosysteme, die virtuelle Kollaboration ermöglichen, kommen hingegen erst bei einem von vier Industrieunternehmen zum Einsatz.

Hinzu kommen weitere, grundlegende Herausforderungen der Digitalisierung. Jeweils rund drei Viertel der Industrieunternehmen sehen sich durch die hohen Anforderungen an die IT-Sicherheit (78 Prozent) und

den Fachkräftemangel (74 Prozent) in der digitalen Transformation gehemmt.

Lösungen für eine erfolgreiche digitale Transformation

Welche Maßnahmen setzen Unternehmen bereits um, wenn sie Prozesse und Geschäftsmodelle digital transformieren? Welchen Stellenwert hat der Einsatz von Schlüsseltechnologien? Was sind derzeit noch die größten Herausforderungen in den einzelnen Wertschöpfungsstufen? Die aktuelle Studie von Bitkom Research mit ausführlichen Ergebnissen und Lösungsansätzen steht ab sofort zum kostenlosen Download bereit: www.autodesk.com/studie-2022

Sie haben Interesse an diesem Format? [@ Seite3@handelsblatt.com](mailto:Seite3@handelsblatt.com)

Banken & Versicherungen

Deutsche Bank Das Kreditinstitut verdient so viel wie seit über 15 Jahren nicht. Wachsender Kostendruck und Wirtschaftskrisen trüben die Aussichten aber ein. ▶ 22

Europäische Banken Aktuell profitiert die Branche von der strafferen Geldpolitik zahlreicher Notenbanken. Das Zinsgeschäft floriert, die Institute übertreffen die Erwartungen. ▶ 23

Finanzen

Firmenanleihen Die Turbulenzen an den Märkten bringen Unternehmen in Bedrängnis. Sie begeben weniger Anleihen. ▶ 34

Venture Capital Das Geschäftsklima bei Geldgebern für Start-ups verharrt auf einem schwachen Niveau. Noch aber sind ausreichend Investitionsmittel vorhanden. ▶ 36

Geldanlage

Kfz-Versicherungen Die Kfz-Versicherer werden ihre Preise für 2023 kräftig erhöhen. In welchen Fällen ein Wechsel lohnt und was dabei zu beachten ist. ▶ 44

Biotech-Firmen Sie entwickeln immer häufiger marktreife Medikamente und sind beliebte Übernahmekandidaten. ▶ 46

Märkte Insight Seit Jahren klagen Finanzprofis, die Geldpolitik mache eine rationale Bewertung von Aktien und Anleihen unmöglich. Jetzt gibt es eine Normalisierung. ▶ 48

imago images/Jan Huebner



Die wichtigsten News aus dem Handelsblatt-Korrespondentennetz



Paris

Bundeskanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron haben versucht, den bilateralen Krach beizulegen. Viel zu sagen hatten sie im Anschluss an ihr Treffen nicht. ▶ 8

São Paulo

Am Sonntag ist Finale im Kampf um die Präsidentschaft in Brasilien. Die Wirtschaftselite tut sich mit beiden Kandidaten – Bolsonaro und Lula – schwer. ▶ 10

Bangkok

China behauptet, mehr Öl aus Malaysia zu importieren, als das Land überhaupt produziert. Dahinter steckt ein Etikettenschwindel mit russischem Öl. ▶ 11

Stockholm

In Dänemark kann die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen kurz vor den Wahlen nicht auf einen klaren Sieg hoffen. Entscheidend sind die kleinen Parteien. ▶ 13

New York

Endet das Drama um den Kurznachrichtendienst Twitter? Am Freitag läuft die Frist für die Übernahme durch Tesla-Chef Elon Musk ab. Doch eine Restunsicherheit bleibt. ▶ 24

San Francisco

Das schwache Werbegeschäft und der starke Dollar belasten die Google-Mutter Alphabet stark. Das Wachstum ist eingebrochen, der Ausblick trüb. ▶ 26

Meinung & Analyse

Chian-Reise des Kanzlers Bei den Industriebossen dominiert Verzagtheit, wenn es um den Umgang mit China geht. Dabei gibt es gute Gründe, warum jeder Manager den Kanzler auf seiner Pekingreise begleiten sollte. ▶ 14

Geldanlage Krypto-Fans jubeln: Der Bitcoin bewegt sich aktuell parallel zu Gold. Aber es gibt aktuell nur einen sicheren Hafen – und es ist weder Bitcoin noch Gold. ▶ 14

Deutsch-französische Beziehungen Die Konflikte zwischen Berlin und Paris müssen offen diskutiert werden. Statt Freundschaftsrhetorik ist mehr Ehrlichkeit erforderlich. ▶ 15

Start-ups Der Einbruch bei den Gründungszahlen ist drastisch, aber nicht dramatisch: Der jüngste Hype hat Geschäftsmodelle hervorgebracht, die niemand vermissen wird. ▶ 15

Gastkommentar



Bei den Kongresswahlen könnte es bereits um die Zukunft der amerikanischen Demokratie gehen.

Bert Rürup, Handelsblatt-Chefökonom
Michael Brackmann, Journalist

▶ 16

► Fortsetzung von Seite 1

Busch hat zwar Teile des Marco-Polo-Plans wie die mögliche Komplettverlagerung von Teilbereichen und die Eröffnung von weiteren Headquartern nach Handelsblatt-Informationen zunächst zurückgestellt. Aber womöglich nicht auf Dauer, wie ein Insider sagte: „China kennt die Pläne und will deren Umsetzung sehen.“

An den Investitionsplänen hält Busch grundsätzlich fest. Den Umsatz der Sparte „Digitale Industrien“ in China will er im Vergleich zu 2020 bis zum Jahr 2025 verdoppeln. Auf Anfrage sagte ein Sprecher, der Aufbau von Kapazitäten in China folge einer „Diversifizierungsstrategie“, die die Abhängigkeit zwischen den Regionen im Sinne einer „Glokalisierung“ verringern solle, auch mit Blick auf die Lieferketten. Man verfolge ähnliche Pläne auch für den Aufbau von regionalen Kapazitäten für die anderen großen Regionen.

Glokalisierung bezeichnet den Mittelweg zwischen Globalisierung und Lokalisierung, also dass Unternehmen weltweit agieren und zugleich ihre Präsenz in den Regionen stärken. Die Wurzeln von Siemens in Asien reichen bis in die Gründerzeit. „Mit China werden wir wohl bald in Gang kommen“, schrieb Werner von Siemens 1879 an seinen Bruder Carl. „Der hiesige Gesandte hat nach China berichtet, und infolgedessen hat die Chin. Verwaltung [...] den Wunsch ausgedrückt, Lichtmaschinen von uns zu beziehen.“

Die Bande zwischen den Ländern hielt über alle Verwerfungen, die die Welt seitdem heimsuchten. Unproblematisch war der Bund nie, wie der frühere Vorstandschef Heinrich von Pierer in seinem Buch „Die Kunst des Machbaren“ beschreibt: „Ein besonderes Ärgernis ist in China der erzwungene Technologietransfer.“ Schon damals beobachteten Experten, dass Peking selbstständig werden wollte, seinen Platz in der Weltwirtschaft immer stärker einforderte.

„Wie man sich dagegen wehren könne?“, fragte sich von Pierer und antwortete selbst: „Indem man zum Beispiel die Technologie von Schlüsselkomponenten, und solche gibt es bei jedem Projekt, nicht nach China transferiert, also die Produktion dieser für das Funktionieren des Gesamtsystems notwendigen Komponenten im eigenen Land zurückhält.“

Was würde Heinrich von Pierer heute zu den Plänen von Roland Busch sagen? Der amtierende Siemens-Chef drängt mit aller Macht nach China.

Wie ernst es Busch meint, zeigte sich auf einer Tagung im März dieses Jahres. Als seine Manager die Teilverlagerung einer Motorenfertigung unter dem Dach der Sparte „Digitale Industrien“ nach China vorstellten, war Busch das noch zu wenig, wie sich Teilnehmer erinnern. „Halbschwanger“ sei das, habe der Konzernchef gesagt. Er wollte, so berichten es die Teilnehmer, eine komplette Verlegung der 8000 Arbeitsplätze.

Dazu ließ Busch das Projekt „Marco Polo“ ausarbeiten. Im Kern sollten Produktion und vor allem Forschung und Verwaltung der wichtigen Sparte „Digital Industries“ in China gestärkt werden. Damals war auch noch der Aufbau einer zweiten Zentrale in der Volksrepublik vorgesehen – neben der in Deutschland.

Zwar sagt Siemens auf Anfrage, man verfolge „keine Pläne für ein zweites Headquarter von Digital Industries in China“. Der Konzern hält aber auch fest, man wolle Produkte für China gemäß den chinesischen Anforderungen stärker vor Ort

entwickeln – „ein unabdingbarer Erfolgsfaktor im hart umkämpften chinesischen Markt“.

Im Marco-Polo-Projekt ist von einem regelrechten „China Masterplan“ die Rede. Für die digitalen Industrien wird ein Wachstum in China von 15 Prozent angestrebt. Das sei „sehr viel höher als das historische Wachstum von Siemens mit sechs bis neun Prozent“, heißt es. Der Umsatz der digitalen Industrien soll so bis 2025 verdoppelt werden. Den aktuellen Umsatz der Sparte in China weist Siemens nicht aus. In Branchenkreisen wird er aber auf deutlich mehr als zwei Milliarden Euro geschätzt.

Dieses Wachstum hat seinen Preis. Im Marco-Polo-Projekt sprechen die Manager selbst einen Paradigmenwechsel an. Sei früher das Motto der Volksrepublik „Made in China“ gewesen, gelte nun die Vorgabe „Created in China“. Das heißt: Die kommunistische Partei wünscht, dass die Produkte, die in China hergestellt werden, auch in China erdacht und entwickelt werden. Ziel ist nach Einschätzung westlicher Beobachter ein massiver und permanenter Transfer von Technologie und Know-how. Bei konsequenter Umsetzung liefe es darauf hinaus, dass Deutschland die Hightech-Produkte und Dienstleistungen, die seine Gesellschaft zum Funktionieren braucht, nur noch aus China beziehen kann. Ein Szenario, vor dem Politiker, Ökonomen und Geheimdienste seit Monaten warnen.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sagte jüngst, Deutschland dürfe sich „von keinem Land existenziell abhängig machen, das unsere Werte nicht teilt“. Als Beispiel führte Baerbock die Russlandpolitik früherer Bundesregierungen an. Der Angriffskrieg von Präsident Wladimir Putin in der Ukraine und die daraus folgende Unterbrechung der Gaslieferungen von Russland an Deutschland lösten eine schwere Energiekrise aus.

Mit China ist Deutschland in einem ähnlichen Dilemma. „Die deutsche Wirtschaft ist sehr viel abhängiger von China als umgekehrt, und bis 2021 nahm die Abhängigkeit fast stetig zu“, heißt es in einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. „Der chinesische Absatzmarkt und die dort kurzfristig winkenden Gewinne erscheinen schlichtweg zu attraktiv zu sein.“

Tatsächlich sind viele deutsche Großunternehmen stark von China abhängig. Der Technologiekonzern Infineon erzielt 37,9 Prozent seiner Umsätze in China. Die Autohersteller BMW, Daimler und Volkswagen kommen auf mehr als 30 Prozent. Adidas liegt bei 21,6 Prozent, BASF bei 15,3 Prozent. Siemens erzielt schon heute 13,3 Prozent der Umsätze in China.

Und der Drang nach China wird noch stärker. Im Juli nahm BASF eine Produktionsanlage für technische Kunststoffe in Zhanjiang in Betrieb. Zehn Milliarden Euro will der deutsche Chemiekonzern bis 2030 in den neuen Verbundstandort investieren. Beim Spatenstich im November 2019 schwärmte Vorstandschef Martin Brudermüller von einem „Megaprojekt“, das den „Erfolg unserer Asienstrategie fortschreiben“ wird.

Heute soll es selbst im BASF-Vorstand Stimmen geben, die an der Nachhaltigkeit der Investitionen zweifeln. Darf BASF solche Summen in ein Land stecken, dessen autoritäres Regime zunehmend diktatorischen Charakter annimmt? Das Unternehmen verneint einen Konflikt, die Milliarden fließen weiter. „Wir kommen in der Summe zum Schluss, dass es vorteilhaft ist, unser Engagement dort auszubauen“, sagte Brudermüller bei der Präsentation der Quartalszahlen am Mittwoch.

Siemens geht ins Risiko



Dabei wird der Druck aus der Politik größer, die zu engen Verbindungen mit China zu lösen. Die Bundesregierung arbeitet an einer neuen Chinastrategie. Kernpunkt: Die deutsche Wirtschaft soll unabhängiger von dem Land werden.

Die EU-Kommission plant ein Verbot aller Produkte, die mithilfe von Zwangsarbeit hergestellt wurden. Es ist ein Fingerzeig auf die schweren Menschenrechtsvergehen an der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas. US-Präsident Joe Biden unterzeichnete bereits im Dezember 2021 ein Gesetz, das den Import von zahlreichen Produkten aus Xinjiang verbietet.

Die Spionage-Gefahr wächst

Siemens-Chef Busch reagierte auf diese Vorstöße mit einer eigenen Forderung. Er mahnte einen „respektvollen Umgang“ an. Busch meinte damit allerdings nicht die Uiguren, sondern die kommunistische Führung Chinas.

„China ist zu Recht ein sehr selbstbewusstes Land. Es hat in 20 Jahren eine Milliarde Menschen aus der Armut gebracht und einen veritablen Mittelstand etabliert“, sagte Busch der „Süddeutschen Zeitung“. Fehler in China lösten sich nicht durch eine „konfrontative Außenpolitik“. Wenn Exportverbote erlassen würden, könnten diese dazu führen, „dass wir keine Solarzellen aus China mehr kaufen können – dann ist die Energiewende an dieser Stelle zu Ende“.

Das Beispiel ist denkbar schlecht gewählt, denn Deutschland war einmal führend in dieser Technologie – bis es von China verdrängt wurde: dank preiswerterer Produktion – aber auch unsauberer Methoden, wie Vertreter der deutschen Solarbranche bemängelten.

Die Wirtschaftsspionage ist sogar belegt: Im Mai 2014 wurden fünf Soldaten der chinesischen Volksbefreiungsarmee in den USA angeklagt, weil sie einige der größten Solarkonzerne in den USA

Die wichtigsten Fakten

1 Siemens will die Umsätze in seiner wichtigsten Konzernsparte „Digitale Industrien“ in China laut Unternehmenskreisen im Vergleich zu 2020 bis 2025 verdoppeln.

2 Dazu sollen in dem Land auch weitere Arbeitsplätze aufgebaut werden.

3 Der Konzern betont, dass keine Jobs von Deutschland nach China verlagert werden sollen.

4 Siemens begründet die Pläne mit einer Diversifizierungsstrategie. Ähnliche Pläne habe man auch für den Aufbau von regionalen Kapazitäten für die anderen großen Regionen.

5 Im vergangenen Geschäftsjahr erzielte Siemens 13 Prozent seiner Konzernumsätze in China.

”

Dass China Taiwan angreifen könnte und welche Folgen das hätte, ist inzwischen dem Letzten klar geworden.

Siemens-Insider



Siemens

ausgespäht hatten. Eine davon war die US-Tochter der deutschen Solarworld.

Die Gefahr ist seitdem gewachsen: Die deutschen Dienste warnten Regierung und Wirtschaft kürzlich in einer Anhörung im Bundestag. China sei die große Herausforderung, sagte der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Bruno Kahl. Auf den Vergleich mit Russland angesprochen, erklärte Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang: „Russland ist der Sturm, China der Klimawandel.“

Siemens-Chef Busch und Industrievorstand Cedrik Neike treiben das Projekt „Marco Polo“ davon unbeeindruckt voran. In Europa könnte die Expansion nach China dabei Arbeitsplätze kosten. Laut Insidern soll etwa in der Sparte „Motion Control“, die sich um Hard- und Software zur Steuerung von Maschinen kümmert, der Anteil chinesischer Jobs in der Fertigung von derzeit 27 Prozent auf 36 Prozent im Jahr 2025 steigen. In Deutschland könnte der Anteil der Arbeitsplätze in der Produktion dagegen von 44 auf 36 Prozent sinken. Insgesamt beschäftigt der Bereich rund 15.000 Menschen.

In Erlangen wachsen die Zweifel

Auf Anfrage erklärte Siemens, es gebe keine Pläne für eine Verlagerung von Produktionskapazitäten von Deutschland nach China und auch kein Stellenabbauprogramm für Deutschland. In Unternehmenskreisen wird zudem betont, die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten in der Sparte „Motion Control“ in den kommenden Jahren resultiere aus früheren Programmen, es gebe keine neuen Pläne für Stellenabbau oder eine Verlagerung.

Nach Handelsblatt-Informationen gab es aber zumindest zeitweise Szenarien für eine Komplettverlagerung der Motorenfertigung. Das würde Erlangen treffen, wo mehr als ein Viertel der Beschäftigten der Einheit arbeiten. In der fränkischen Stadt schlägt nach Einschätzung vieler Sie-

Digitale Fabrik: Siemens ist bei der Digitalisierung von Produktionsprozessen weltweit führend. China ist ein besonders wichtiger Markt für die Automatisierungsbranche.

mens-Mitarbeiter das Herz des Traditionskonzerns. Konzernchef Busch wurde hier geboren.

Offenbar wachsen aber auch in Erlangen die Zweifel mit Blick auf den Investitionsstandort China. „Dass China Taiwan angreifen könnte und welche Folgen das hätte, ist inzwischen dem Letzten klar geworden“, sagt ein Konzerninsider. Angesichts der politischen Spannungen und der Gefahr eines tatsächlichen Kriegs wäre die Verlagerung eines Traditionsstandorts nach China weder gegenüber der Gewerkschaft IG Metall noch der Politik durchsetzbar gewesen.

Die Entscheidung zwischen Moral und Umsatz fällt vielen Unternehmen schwer. Schon der politisch erzwungene Rückzug aus Russland

schmerzte die Wirtschaft. Siemens kostete er einen Milliardenbetrag. Sollte China tatsächlich Taiwan angreifen und als Absatzmarkt ausfallen, wären die Folgen wesentlich dramatischer.

Aber: Ob Adidas, Daimler oder Siemens – niemand wagt, das Engagement in China deutlich zu verringern. Das Land mit 1,4 Milliarden Einwohnern ist trotz der momentanen wirtschaftlichen Schwächephase der Wachstumsmarkt, in dem die deutsche Wirtschaft nach eigenem Verständnis präsent sein muss. Ein Vorstandschef eines deutschen Großkonzerns stellt klar: „Andernfalls können wir kein Weltmarktführer sein.“

Seit einem Jahr ist Busch Vorsitzender des Asien-Pazifik Ausschusses der Deutschen Wirtschaft – ein Amt, das er von seinem Vorgänger Joe Kaeser übernahm. „Wir sollten unsere eigene Agenda setzen, damit wir nicht zum Spielball zwischen China und den USA werden“, sagte der Siemens-Chef kurz nach seinem Antritt dem Handelsblatt. „Wichtig ist, den Dialog aufrechtzuerhalten. Denn wir hängen stark voneinander ab.“

Mit ihrer Sparte „Digitale Industrien“ sind die Münchener allerdings in einem besonders sensiblen Feld unterwegs. Hier entwickelt Siemens Software, mit der Maschinenbetriebe digital vernetzt werden. Schon jetzt setzt Siemens in China in der Sparte Milliarden um. Für einzelne Geschäfte wie „Motion Control“ ist China sogar der mit Abstand wichtigste Markt.

Vergebliche Kapitalmarkt-Hoffnungen

Für Busch ist ein Erfolg der Sparte eminent wichtig. Nach der Abspaltung der Energietechnik soll sich Siemens noch stärker zu einem Digitalkonzern wandeln. „Wir werden die reale mit der digitalen Welt verbinden wie kein anderes Unternehmen“, sagte Busch bei der 175-Jahr-Feier des Siemens-Konzerns am 12. Oktober.

Durch seinen Digitalkurs und die Abspaltung der Energietechnik hat der Siemenschef zwar das operative Margenniveau von Siemens gesteigert. Die Hoffnung, dass der Konzern als IT-Unternehmen durch die Kapitalmärkte höher bewertet wird, hat sich bislang aber noch nicht erfüllt. Seit Jahresbeginn hat die Siemens-Aktie in einem schwachen Umfeld ein Viertel an Wert verloren.

Ohne China werden sich die Wachstumshoffnungen kaum erfüllen. Viele neue Fabriken in der Volksrepublik sind hochautomatisiert, jeder zweite neue Roboter wird in China in Betrieb genommen. Das Land ist von der Werkbank der Welt zum führenden Standort der Industrie 4.0 geworden.

Details zeigt eine Studie der Ludwig-Maximilians-Universität in Kooperation mit der Management- und IT-Beratung MHP. Während die Experten in der deutschen Wirtschaft Abstriche machten, vergaben sie in China Bestnoten.

So komme etwa der „digitale Zwilling“, der durch digitale Abbildung und Simulationen eine Optimierung der Fertigung ermöglicht, in chinesischen Fabriken stärker zum Einsatz als in westlichen Märkten. Auch Technologien wie die additive Fertigung, der industrielle 3D-Druck, und autonome Roboter würden in einem Großteil der chinesischen Produktionsstätten zumindest in Praxistests eingesetzt.

Entsprechend attraktiv ist der Markt für die Anbieter von Automatisierungstechnik und Industriesoftware. Für Siemens stieg der Auftragseingang der Sparte „Digitale Industrien“ in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2021/22 um vergleichbar 43 Prozent auf 19,6 Milliarden Euro. Der Umsatz legte um elf Prozent auf 13,8 Milliarden Euro zu. Neue Zahlen sollen im November folgen. Für sein Wachstum setzt Siemens auf China, bei allen Einschränkungen, die der Konzern auf Anfrage formuliert. Die Führung bleibt sich treu.

„Ob es Ihnen gefällt oder nicht, die Welt spielt bald nach chinesischen Regeln“, erklärte Siemens-Chef Joe Kaeser 2018 in einer Rede auf dem Wirtschaftsforum in Davos. Sein Nachfolger Busch möchte sich offenbar an diese Regeln halten. Wenn Bundeskanzler Olaf Scholz in der kommenden Woche nach China reist, werden viele deutsche Konzernlenker fehlen. Busch fliegt mit. Axel Höpner, Sönke Iwersen, Martin Murphy

Siemens

Umsatz im 3. Quartal 2022¹ in Mrd. Euro

Nach Regionen		Nach Segmenten	
Europa, GUS, Afrika ²	8,1	Industrielles Geschäft	16,9
davon Deutschland	2,9	davon:	
Amerika	5,4	Siemens Healthineers	5,2
davon USA	4,5	Digital Industries	4,9
Asien, Australien	4,3	Smart Infrastructure	4,4
davon China	2,3	Mobilität	2,5
Gesamt		Sonstiges Geschäft	0,9
		Gesamt	17,9 Mrd. €

HANDELSBLATT

1) Geschäftsjahr vom 1.10. bis 30.9.; 2) plus Naher und Mittlerer Osten • Quelle: Bloomberg

Herr Felbermayr, Herr Südekum, in der Bundesregierung herrscht große Uneinigkeit über den Einstieg des chinesischen Investors Cosco bei einem Terminal des Hamburger Hafens. Wie hätten Sie entschieden?

Felbermayr: Ich hätte ganz ähnlich wie die Bundesregierung entschieden – ein Einstieg der Chinesen nur unter Auflagen. Wichtig ist, dass Cosco keine beherrschende Stellung erhält. Aber eine generelle Untersagung wäre zu weit gegangen. Wir müssen mit China umzugehen lernen, ohne das Land voll zu entkoppeln.

Südekum: Ich denke auch, die Minderheitsbeteiligung von 24,9 Prozent geht in Ordnung. Aber die Bundesregierung muss den Fall intensiv beobachten. Sollte China diese Hafenbeteiligung tatsächlich missbrauchen und gegen uns ausnutzen, muss die Möglichkeit bestehen, sie wieder zu kassieren und das Terminal notfalls zu verstaatlichen – wie bei Gazprom und dem Gasspeicher Rehden.

Sollte man es generell vermeiden, deutsche Infrastruktur in chinesische Hände zu geben?

Felbermayr: Nein, so pauschal würde ich das nicht sagen. Man muss das immer im Einzelfall betrachten. Hafeninfrastruktur kann man nicht außer Landes schaffen; technologisches Know-how hingegen sehr wohl. Investitionsverbote also nur, wenn es eine klare Gefährdung deutscher oder europäischer Interessen gibt. Man sollte nicht nur chinesische Investitionen genau untersuchen, sondern im Grunde jede große Transaktion. Und ganz allgemein: Strenge Regulierung, die für alle gilt, ist besser als Verbote gegen Investoren aus einzelnen Ländern.

Südekum: Ich finde, man sollte es schon generell vermeiden, wenn konkrete Gefahren drohen. Nehmen wir die Beteiligung von Huawei im 5G-Netz. An dieser Infrastruktur wird alsbald ein Großteil des öffentlichen Lebens hängen, vom Mobilfunk bis hin zum autonomen Fahren. Hier darf nicht mal die kleinste Gefahr bestehen, dass die Kommunistische Partei Chinas uns in einen Blackout schickt. Bei 5G bin ich deshalb strikt gegen jegliche chinesische Beteiligung, zumal es europäische Alternativen gibt.

Letztlich steht der Streit um den Hamburger Hafen für eine größere Frage: Müssen wir uns angesichts des Beispiels Russland im globalen Spiel ein Stück weit zurückziehen, um uns selbst vor Großmächten wie China zu schützen? Oder verkürzt: Hat es sich mit der Globalisierung erst einmal erledigt?

Felbermayr: Im Gegenteil, die Globalisierung ist nicht vorbei. Wir haben viele globale Probleme, die wir global lösen müssen. Die Form der Globalisierung wird sich ändern, aber das ist schon häufiger passiert. Wir brauchen neue, oftmals andere Handelspartner. Das heißt aber auch, dass wir mehr Möglichkeiten zum Handel bekommen und am Ende vielleicht sogar noch mehr gehandelt wird.

Südekum: Natürlich ist die Globalisierung keinesfalls am Ende. Aber die aktuellen Krisen zeigen doch, dass die leichtgläubige Globalisierung ein



Gabriel Felbermayr

Der Ökonom Felbermayr ist seit 1. Oktober 2021 Direktor des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) und Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien. Von 2019 bis 2021 leitete er das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW). Felbermayr ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Der Forscher Felbermayr, Jahrgang 1976, forscht vor allem zu internationaler Handelstheorie und -politik, Arbeitsmärkten und der europäischen Wirtschaftsintegration.



Gabriel Felbermayr gegen Jens Südekum

„Leichtgläubige Globalisierung muss enden“

Was bedeutet die chinesische Beteiligung am Hamburger Hafen für die strategische Wirtschaftspolitik? Die Ökonomen debattieren die Fallstricke der Globalisierung.

Ende haben muss. Der naive Glaube, einfach mit möglichst allen Ländern auf der Welt Güter auszutauschen und dank „Wandel durch Handel“ werden wir uns schon alle einig, der ist vorbei. China ist seit 2001 in der Welthandelsorganisation (WTO). Die werden wie wir, hat man damals gehofft. Und? Das Gegenteil ist eingetreten. Mit Russland will ich gar nicht erst anfangen.

Felbermayr: Stimmt schon, aber das heißt nicht, dass „Wandel durch Handel“ gescheitert ist. Vielmehr müssen wir feststellen: Die Maxime hat zwei Richtungen. Auch Russland instrumentiert den Energiehandel, um einen Wandel voranzutreiben, der uns nicht passt. Bestes Beispiel ist aber China, das Du ja selbst erwähnt hast. In Afrika und Zentralasien sorgen die Chinesen eben genau mit Handelsverflechtungen für einen Wandel zu ihren Gunsten. „Wandel durch Handel“ funktioniert verdammt gut, aber viele irren sich eben, wenn sie es nur als Einbahnstraße betrachten.

Südekum: Da hast Du sicherlich recht. Aber genau das war doch der naive Glaube nach 1990. Man dachte, jetzt

hat sich die Geschichte entschieden, die westliche Demokratie hat gewonnen, und jetzt tragen wir das in die Welt. Aber in diesen beiden wichtigsten Fällen ist das eben gescheitert, Russland und China.

Felbermayr: Ja, da ist es gescheitert. Das heißt aber noch nicht, dass „Wandel durch Handel“ nicht funktioniert. Du musst doch eingestehen, dass es viel mehr Fälle gibt, in denen es geklappt hat. Genau das ist doch der jahrzehntelange fortwährende Gedanke der europäischen Erweiterung. Die europäische Integration wäre längst nicht so weit fortgeschritten, wenn wir die Handelsströme zwischen Ost und West, Nord und Süd nicht immer weiter verflochten hätten.

Südekum: Natürlich gibt es diese Beispiele. Aber wir können doch in Zukunft nicht bloß nach dem Prinzip Hoffnung agieren, sondern müssen das strategisch aufs Gleis bringen. Felbermayr: In der Tat, es geht darum, viel strategischer vorzugehen. Ich glaube, da sind wir uns einig. „Wandel durch Handel“ funktioniert nicht von allein zu unseren Gunsten. Das muss gesteuert wer-

den, politisch. Das ist auch der große Unterschied, wie wir Globalisierung verstehen und wie China es inzwischen tut.

Südekum: Genau das ist ja der Versuch der neuen Seidenstraße: nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Einfluss vergrößern und letztlich das eigene politische System in die Welt tragen. Die EU hat dem lange Zeit nichts entgegengesetzt. Im Kampf USA gegen China hat sich Europa lange Zeit absentierte. Das war ein großer Fehler.

Felbermayr: Wir wurden deformiert, anstatt andere zu formen. Wir müssen uns vor allem in Afrika gerade mit den schwierigen Regimen einlassen, weil es China sonst tut. Das mögen nicht immer lupenreine Demokratien sein. Aber das sind häufig strategische Märkte aufgrund wichtiger Bodenschätze.

Das heißt, wir sollten es jetzt genauso wie die Chinesen machen?

Felbermayr: Nein, nicht genauso. Aber wir müssen dem etwas entgegensetzen.

Südekum: So ist es. Was wir brauchen, ist aktive Industriepolitik. Das haben wir in den vergangenen zehn Jahren sträflich vernachlässigt, während China und die USA keinerlei Scheu hatten, richtig Geld auf den Tisch zu legen. Die Quittung bekommen wir jetzt. In den nächsten zehn Jahren müssen wir Sektoren, die für unsere strategische Souveränität entscheidend sind, gezielt hier ansiedeln.

Wer entscheidet denn, wer strategisch entscheidend ist?

Südekum: Das muss die Politik tun. Ich weiß, dass die Einteilung der Wirtschaft in Schwarz-Weiß-Listen kein Leichtes ist und auch bei vielen anderen Ökonominen und Ökonomen Schluckauf verursacht. Aber anders geht es nicht.

Felbermayr: Das unterstütze ich grundsätzlich. Im Frühjahr 2019 habe ich mich ziemlich kritisch über die Ideen des damaligen Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier für eine europäische Industriepolitik geäußert.



Was wir brauchen, ist aktive Industriepolitik. Das haben wir in den vergangenen zehn Jahren sträflich vernachlässigt.

Jens Südekum
Ökonom

Chinesischer Staatskonzern Cosco

Trotz Einigung – der Streit um den Hafendeal geht weiter

Die an der Entscheidung für den Einstieg Chinas beteiligten Ministerien warnen weiterhin vor den Folgen. Auch China-Experten sehen die Beteiligung kritisch.

Jens Südekum

Der Ökonom Südekum ist Professor für Internationale Volkswirtschaftslehre am Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE) an der Heinrich-Heine-Universität. Südekum ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Der Forscher Südekum, Jahrgang 1975, forscht vor allem zu internationalem Handel, den Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung auf die Arbeitsmärkte, Stadtökonomik und Regionalpolitik.

IMAGO/IPON AFP via Getty Images

Über Altmaier haben wir gelästert. Und über Donald Trump auch. Der agierte natürlich in verrückter Weise. Aber was Trump durchaus richtig gesehen hat, war die Sinnhaftigkeit einer Industriepolitik im strategischen Sinn.

Südekum: Bei Altmaier muss man allerdings dazu sagen, dass er die falschen Instrumente für das richtige Ziel gefordert hat. Elefanten-Hochzeiten zwischen Großunternehmen durch Lockerung der Fusionsregeln sind nicht der richtige Weg. Altmaier hätte viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen. So wie die Ampel es jetzt tut.

Felbermayr: Direkte finanzielle Förderung darf aber nicht aus dem Ruder laufen. Wenn wir nur die Unternehmen pudern, bleiben die kompletten Renten in der Wirtschaft, und die Bürger haben da nichts von. Das, Jens, kann es ja auch nicht sein.

Südekum: Wie stellt Du Dir sonst strategische Industriepolitik vor?

Felbermayr: Das für die Industriepolitik eingesetzte Geld muss sinnvoll priorisiert werden. Das heißt, erst einmal müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Es muss die simple Erkenntnis reifen, dass der europäische Binnenmarkt als Erstes funktionstüchtig gemacht werden muss. Strom kostet in Deutschland etwa viel mehr als in Österreich. Auch bei digitalen Dienstleistungen gibt es keinen gemeinsamen europäischen Markt, weil die Infrastruktur fehlt. Das macht uns angreifbar. Diese Dinge müssen wir zuerst beheben, anstatt eine unaufhaltsame Subventionsmaschinerie anzukurbeln.

Südekum: Einverstanden. Diese Strukturereformen sind wichtig, aber ohne Geld wird es nicht gehen. Klar ist natürlich, dass ich mir unter Industriepolitik nicht die dauerhafte Subventionierung jeglicher Unternehmen bis in alle Ewigkeiten vorstelle.

Felbermayr: Dann bin ich ja beruhigt.

Herr Felbermayr, Herr Südekum, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Julian Olk.

D. Heide, M. Greive, J. Olk Berlin

Die Bundesregierung hat in der Debatte um den Einstieg des chinesischen Staatskonzerns Cosco beim Hamburger Hafen einen Kompromiss gefunden – der Streit in der Koalition geht jedoch weiter.

Auf Druck des Kanzleramts hatte sich die Ampelkoalition in der Auseinandersetzung um eine 35-prozentige Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns Cosco am Mittwoch in der Kabinettsitzung darauf geeinigt, dass der Deal nicht untersagt wird, aber die Unternehmen sich an Bedingungen halten müssen. Demnach darf Cosco nur einen Anteil unterhalb von 25 Prozent am Hamburger Container Terminal Tollerort erwerben. Ein weitergehender Erwerb oberhalb dieses Schwellenwerts wird laut einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums untersagt. Grund für die Teiluntersagung sei, dass eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit vorliege, heißt es darin.

Ob Cosco sich auf den Deal zu den neuen Bedingungen einlässt, ist bislang offen. FDP und Grüne hatten sich gegen eine Beteiligung der Chinesen ausgesprochen. Noch am Dienstag hatte Steffen Saebisch, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, einen Brief an den Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schmidt (SPD), geschrieben. Darin bezeichnet er eine Beteiligung von Cosco am Hafen als „fatales wirtschafts- und geopolitisches Signal“. In einer Protokollnotiz äußerte das Auswärtige Amt schwere Bedenken zur Entscheidung des Kabinetts über den chinesischen Einstieg. Es ergäben sich daraus „erhebliche Risiken“. Sowohl der Brief als auch die Notiz liegen dem Handelsblatt vor.

Chinaexperten warnten am Mittwoch vor den Folgen der Entscheidung. „Ein technischer Kompromiss

ist keine Lösung für das unterliegende politische Problem“, sagte Janka Oertel, Direktorin des Asienprogramms beim European Council on Foreign Relations. Wie bei der 5G-Frage versuche sich Berlin hinter vermeintlich cleveren rechtlichen Lösungen zu verstecken und die strategische Frage des Umgangs mit China aufzuschieben. „Das reicht leider nicht mehr aus“, sagte Oertel. Agatha Kratz, Chinaex-



Agatha Kratz: Die China-Expertin kritisiert die Teilgenehmigung.

pertin bei der Rhodium Group kritisierte das Signal an die chinesische Staatsführung, das von der Teilgenehmigung des Kaufs ausgehe. Solch ein Geschäft wäre für ein deutsches Unternehmen in China unmöglich zu realisieren, erklärte Kratz. „Das zeigt die Bereitschaft der deutschen Führung, den anhaltenden Mangel an Gegenseitigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen zu akzeptieren.“

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warnten Dutzende Sinologen vor den Folgen des Deals. Mit der Übernahme gewönne die Kommunistische Partei

Chinas „erheblichen Einfluss auf das Terminal Tollerort“, heißt es darin. Tim Rühlig von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sieht vor allem den Zugriff auf die Daten des Hafenterminals, die Cosco wohl durch den Deal erhält, kritisch. „In Häfen fallen Daten an, die umfangreiche Auskunft über den internationalen Warenhandel ermöglichen“, sagte Rühlig. Zugang zu solchen Daten brächten erhebliche Wettbewerbsvorteile mit sich. „Zudem erscheint es nicht abwegig, dass im Moment eines Wirtschaftskriegs umfangreiche Kenntnisse über Handelsströme und Lieferkettenabhängigkeiten des Gegners nützlich sind“, warnte er.

Andere sehen den Einstieg weniger kritisch. Jürgen Matthes vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hält den Kompromiss der Bundesregierung für in Ordnung. Doch die Fehde werfe durchaus ein „problematisches Licht auf die großen Abhängigkeiten einzelner deutscher Firmen von China“. Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts, sagte, Ad-hoc-Entscheidungen für oder gegen einzelne chinesische Investitionen brächten Deutschland nicht weiter. „Das Problem besteht nicht in dieser Beteiligung per se, sondern darin, dass Deutschland und die EU keine durchdachte geökonomische Strategie haben.“

Die umstrittene Entscheidung könnte noch ein Nachspiel haben. In dem Brief des Bundesfinanzministeriums an das Bundeskanzleramt schlägt Staatssekretär Saebisch eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung vor. Dabei sei wichtig, dass die Bundesregierung nicht nur mit Blick auf eine europäische Hafenstrategie, sondern „umfassend mit Blick auf sämtliche Beteiligungsinvestitionen Chinas“ eine gemeinsame Haltung in der Koalition entwickle.

Reederei Cosco:

Ob sich der chinesische Konzern auf den Deal einlässt, ist bislang offen.



IMAGO/Nikita